

31. Januar 2019

Pressemitteilung

„Wir müssen der politischen Denunziation Einhalt gebieten!“

Oder:

Bedenkenswertes zum Frankfurter Anti-Gewaltkongress

oder:

Die Präsidentin auf der Ente! (frei nach Christian Andersen)

Es begann vorm Weltfrauentag 2018 im einst roten Frankfurter Arbeiterviertel Bockenheim. Wer zu seinem Auto kam, fand unter dem Scheibenwischer ein Flugblatt geklemmt. An einem Hauseingang klebte ein Zettel mit dem Hinweis, dass hier ein „*Homophober*“ seinen Verlag betreibe. Angekündigt war [die Aktion bei der Antifa](#) als Beitrag zum Weltfrauentag. Viel wussten die Anwohner damit nicht anzufangen. Brisanter wurde es schon, als der Merkurist Rhein-Main GmbH von einem Kongress an der Goethe-Universität faselte, zu dem „*Homophobe*“ sich verabredet hätten.

Man wolle dort die Zwangstherapie für Homosexuelle propagieren. Diese Behauptung wurde schnell [von den GRÜNEN übernommen](#). Sie formulierten, Gerhard Amendt „*gehört zum höchst umstrittenen Kreis der ‚Homosexuellen-Therapeuten‘ und bezeichnet Homosexualität als ‚pervers‘.*“

Dann setzte sich die ungeprüfte Übernahme fort und weitete sich zu einem Medientsunami aus. [Frankfurter Rundschau](#), [SPD](#), [Frankfurter Allgemeine Zeitung](#), Lesben und Schwulenverband Deutschland, [Hessenschau \(HR\)](#), [ASTA Uni Frankfurt](#) und eine Reihe anderer Medien -- alle gaben sich bestens informiert, dass der wissenschaftliche Leiter des Kongresses „[Familienkonflikte gewaltfrei austragen](#)“, Professor Amendt, ein „Homoheiler“ sei, für ein Institut arbeite, das die Zwangstherapie von Homosexuellen propagiere oder in anderer Weise Homosexuellen das Leben schwer machen wolle. Schlagworte wie „Homoheiler“ oder „Konversationstherapie“ (sic!) reichten den Medien aus, um daraus reißerische Schlagzeilen zu fertigen. Gefahr sei im Verzug. Minderheiten seien gefährdet. Die Universität müsse den Mietvertrag für das Tagungsgebäude wegen Homophobie, Antifeminismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit kündigen. All das wurde

ungeprüft abgedruckt, verbreitete sich wie ein Buschfeuer rasend schnell und das Präsidium der Universität währte sich als Vermieter unter Druck.

Angesichts des Medien-Tsunamis forderte Prof. Amendt in einem Interview mit der Hessenschau.de des Hessischen Rundfunks am 29.3.2018 [ein Ende der politischen Denunziation](#). In einer [Presserklärung vom 28.3.2018](#) wurden die Falschmeldungen korrigiert.

(....) Zurzeit wird in Frankfurt von Grünen, SPD und anderen Gruppen der Versuch unternommen, den Kongress *Familienkonflikte gewaltfrei austragen* in Misskredit und dessen Verantwortlichen, Prof. Amendt, mit repressiver Gesundheitspolitik gegen Homosexuelle in Verbindung zu bringen.

Diese Vorhaltungen sind nicht nur vollständig gegenstandslos; sie befassen sich auch gar nicht mit dem eigentlichen Thema des Kongresses. (.....)

Hier geht es um Methoden und Forschungserkenntnisse, mit denen Gewalt in Partnerschaften und Familien sich am ehesten mildern (...) und die Weitergabe (...) in die nächste Generation verhindern lässt. Die Referenten sind Spezialisten (...), die neueste Erkenntnisse zu Ursachen und Behandlung von Gewalt an die beratenden und therapeutischen Berufsgruppen weitergeben. Es geht um neueste Forschung, der wir hierzulande um mindestens 15 Jahre hinterherhinken.

Darüber hinaus wird Amendt wahrheitswidrig vorgehalten, dass er Mitarbeiter eines Instituts sei, das die „Aversionstherapie“ von Homosexuellen betreibe. (...)

Die GRÜNEN in Frankfurt formulieren, Amendt „gehört zum höchst umstrittenen Kreis der ‚Homosexuellen-Therapeuten‘ und bezeichnet Homosexualität als ‚pervers‘.“

Weder ist Amendt Psychotherapeut, noch hält (..) er solche „Therapien“ für ethisch vertretbar. Menschen gegen ihren eigenen Wunsch zu "therapieren", verstößt gegen die Standards der Psychotherapieberufe (..). Es ist mit einer Demokratie nicht vereinbar.

Die angedeuteten Vorwürfe der „Homophobie“ verweisen auf einen Beitrag in der Zeitschrift für Soziologie von 1997. Dieser Text wurde fünf Jahre später in der FAZ veröffentlicht. (...).

(Anmerkung: Die Kritik kreist um die fehlende Ursprungsgewissheit von Kindern aus Reproduktionstechnologien; letztlich die Frage, wer bin ich und wo komme ich her. [...])

Diese für Kinder zutiefst irritierende und gattungsuntypische Form der Menschenproduktion habe ich bereits 1984 in dem Buch „Der Neue Klapperstorch“ Ikaru Verlag, 2. Auflage, 1986 entwickelt.)

Die Presseerklärung wie das [Interview in der Hessenschau.de](#) sowie ein langer [Bericht der Frankfurter Allgemeine Zeitung](#) zeigten im Präsidium Wirkung. Allerdings war sie begrenzt. Die Solidarität mit den vermeintlich gefährdeten Sexualitäten, wie den erhitzten Medien und empörungsaktiven Vielfaltgruppen führten dazu, dass die Forderung den Mietvertrag zu kündigen, von der Präsidentin Prof. B. Wolf verworfen wurde. Aber damit war es nicht getan.

Wir erhielten ein Schreiben, das in einer für die westdeutsche Universitätsgeschichte nach 1945 einmaligen Unverblümtheit die Zensur eines Kongresses ankündigte. Das Dokument geben wir – bis auf die Adresse und den Namen der Unterzeichnerin - vollständig wieder.



Goethe-Universität | 60629 Frankfurt am Main
Die Präsidentin | Bereich Justitiariat

Herrn
Prof. Dr. Gerhard Amendt



Kongress „Familienkonflikte gewaltfrei austragen“

Sehr geehrter Herr Professor Amendt,

als Veranstalter des Kongresses „Familienkonflikte gewaltfrei austragen“ haben Sie an der Goethe-Universität im Zeitraum vom 13. April bis 15. April 2018 Räume angemietet. Vertragsgrundlage war und ist, dass die Veranstaltung vereinbar sein muss mit dem Selbstbild und dem öffentlich-rechtlichen Charakter der Goethe-Universität.

Nach uns nunmehr vorliegenden Informationen und Erkenntnissen, die auf Berichten und Anfragen der Presse, der Politik sowie Aufrufe verschiedener Organisationen zu Demonstrationen gegen diese Veranstaltung beruhen, sind wir in großer Sorge, dass einzelne Inhalte der Veranstaltung und von Ihnen und den geladenen Referentinnen und Referenten geäußerten Auffassungen zu dem in Rede stehenden Thema nicht vereinbar sind mit den Werten und Grundsätzen der Goethe-Universität.

Im Hinblick auf die in den letzten Tagen aufgetretenen erheblichen Zweifel an der Vereinbarkeit der Veranstaltung mit dem Wertegefüge der Goethe-Universität sehen wir uns daher veranlasst, Sie aufzufordern uns

bis zum 5. April 2018

schriftlich zu bestätigen, dass sowohl die Inhalte der Veranstaltung als auch die Vorträge und die Meinungsäußerungen der Referentinnen und Referenten mit dem Werteverständnis der Goethe-Universität in Einklang stehen, insbesondere mit der Vielfalt und Gleichstellung der Geschlechter und der Freiheit sexueller Selbstbestimmung.

In jedem Fall behalten wir uns vor, die Veranstaltung jederzeit abzubuchen für den Fall, dass die von Ihnen oder den geladenen Vortragenden geäußerten Inhalte den vorstehenden Wertvorstellungen widersprechen sollten.

Mit freundlichen Grüßen

i. A.



28. März 2018

Die Präsidentin
Prof. Dr. Birgitta Wolff

Bereich Justitiariat

Bearbeiterin:
Aktenzeichen

Besucheradresse
Campus Westend | PA-Gebäude
Theodor-W.-Adorno-Platz 1
60323 Frankfurt am Main

Postadresse
60629 Frankfurt am Main
Germany

Telefon +49 (0)69 798 17188
Telefax +49 (0)69 798 18214


www.uni-frankfurt.de

Wie angekündigt wurde der Vorbehalt der Zensur des Kongresses dann auch tatsächlich umgesetzt. Für zwei namentlich nicht identifizierte Zensoren wurden namenlose Eintrittskarten gefordert. Der Vorbehalt der Präsidentin, „die Veranstaltung jederzeit abzubuchen für den Fall, dass die von Ihnen (Anmerkung: Amendt) oder den geladenen

Vortragenden geäußerten Inhalte den vorstehenden Wertvorstellungen (der Uni) widersprechen sollten“, kam allerdings nicht zum Tragen. Das kam dem Eingeständnis nahe, dass die Präsidentin einer Zeitungssente aufgesessen war.

Neben der angekündigten Zensur fällt Weiteres auf: Die Präsidentin brachte ein universitätseigenes Werteverständnis ins Spiel: „...insbesondere (solche) der Vielfalt und Gleichstellung der Geschlechter und Freiheit sexueller Selbstbestimmung“. Demnach sollten Wissenschaftsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung während dieses Kongresses einem wertepolitischen Vorbehalt unterliegen. Deshalb die Selbstgewissheit bei Abweichung „die Veranstaltung jederzeit abubrechen“. Werteverständnis tritt damit an die Stelle grundgesetzlich verbürgter Freiheiten. Das ist mittlerweile an einigen Universitäten nichts Ungewöhnliches mehr. Die unverblünte Ankündigung von Zensur hingegen war neu.

Hier kommt eine beunruhigende Tendenz zum Ausdruck. Die gender-feministische Ideologie duldet keine Kritik an der Selbstermächtigung von Vielfaltgruppen. Und sie setzt sich über Grundrechtsgarantien hinweg. Ein auf Frauen zugeschnittenes psychisches Notwehrrecht zum Töten wie die persönlich gehaltene Definition dessen, was als Gewalt von Männern gelten soll, gehören ebenso zu dieser Tendenz.

Wegen der unverhohlenen Drohungen gegen den Kongress [Familienkonflikte gewaltlos austragen](#) haben wir es vorgezogen, auf das Schreiben der Präsidentin mit Sarkasmus zu reagieren. Angesichts mehrjähriger Vorbereitung und finanzieller Risiken sollte der Kongress nicht gefährdet werden.

An das Präsidium der Goethe-Universität

03.04.18

Sehr geehrte Frau

(....) Gerne will ich Ihnen bestätigen, dass ich auf dem Boden des Grundgesetzes und aller geltenden Gesetze stehe. Ich habe auch nicht die Absicht, wegen des Kongresses diese Grundlage zu verlassen. Zumal der Kongress nicht das Geringste mit den jüngsten unwahren Tatsachenbehauptungen über mich in den Medien zu tun hat (...).

Ich kann die Demokratieverbundenheit aus Kenntnis der Publikationen, eingeworbener Forschungsgelder und akademischer Meriten aller Beteiligten erklären, da ich mit deren Arbeit bestens vertraut bin. Natürlich kann ich das nicht nur für die amerikanischen und die englischen Referenten, sondern auch für die beiden israelischen Forscher gewährleisten, deren eine in einer international anerkannten Traumaforschung von höchster Güte an der Bar Ilan Universität verankert ist. Möglicherweise ist der Hinweis unterstützend, dass 90 % aller Referenten Frauen sind und als Gruppenleiter für die break-out-Sitzungen zwei international etablierte Psychotherapeutinnen der

Gestalttherapie mit langjähriger Erfahrung in Gruppenprozessen und herausragenden publizistischen Credentials engagiert wurden.

Ich hoffe, dass dadurch Ihre Bedenken gegenüber dem Internationalen Kongress behoben sind. Sollten Sie weitere Informationen wünschen, so will ich Ihnen diese gerne geben. Ich verweise dazu auch auf die Homepage, die unmissverständlich den Inhalt des Kongresses beschreibt und meine Forschungen und meine Publikationen zum Kongressthema, die viele Jahre vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft finanziert wurden. (....)

Das präsidiale Drohschreiben hat unter Juristen Kopfschütteln und unter den Referenten aus den USA, Israel und England Entsetzen ausgelöst.

Es liegt deshalb nahe, am Beispiel von Präsidentin Wolf zu zeigen, wie Öffentlichkeitspolitik zu aufgeheizten Auseinandersetzungen mit Kleingruppen am Campus beigetragen kann. Denn auffällig ist, dass die Präsidentin der Universität der Panik der Kleingruppen nicht entgegengetreten ist. Der Kongress handelte weder von Homosexualität noch von Zwangstherapie.

Vielmehr war der Kongress der erste Versuch, die Debatte über partnerschaftliche Gewalt aus dem Himmel vager Vorstellungen auf den Boden harter Fakten der internationalen Forschung herunterzuholen. Neue Ergebnisse sollten vorgestellt werden, die sich mit familiärer Gewalt befassen. Denn Grundlage der Forschung ist mittlerweile, dass die Häufigkeit der Gewalt zwischen Männern und Frauen insgesamt in der Gesellschaft, jedoch nicht unbedingt innerhalb einer Partnerschaft, gleich häufig auftritt. Gewalt in Partnerschaften ist ein wechselseitiger Prozess, dessen Dynamik Wut, Enttäuschung und Gefühle der Ohnmacht mit sich bringt. Sie kann sowohl verbale wie körperliche Verletzungen nach sich ziehen, die wiederum weitere Handgreiflichkeiten nach sich ziehen kann. Die strafrechtlich festgestellte Schuld des einen oder des anderen in Fällen schwerer Gewalttätigkeit kann jedoch nicht die Notwendigkeit verdecken, dass die komplexe Dynamik des Paares von beiden gemeinsam bearbeitet werden muss. Entweder sie schaffen das alleine oder sie brauchen Unterstützung von außen. Allein schwerste Psychopathologien bilden eine Ausnahme. Allerdings haben Frauen eine größere Wahrscheinlichkeit für schwere Verletzungen, wenn Männer mit größerer Muskelkraft zurückschlagen. Auch wenn Männer und Frauen gleich häufig zuschlagen und Handgreiflichkeiten initiieren, so tragen sie in heftigen Auseinandersetzungen aufgrund ihrer körperlichen Unterlegenheit stärkere Blessuren davon.

Die Anerkennung gleichmäßig verteilter Gewalt stößt jedoch auf Widerstände. Vor allem feindselige Ansichten über Männer im Bundesfamilienministerium erschweren das. Zumal die meisten Medien deren Botschaften vom Kollektiv der bösen Männer seit Jahren ungeprüft transportieren. Hierzulande unterliegt die symmetrisch verteilte Häufigkeit von Gewalthandlungen in Partnerschaften einem politischen Anerkennungsverbot. Viele Forscher sind sich dessen nur allzu bewusst. Sie fürchten Sanktionen durch Gleichstellungsbürokratien,

Genderstudies und feministische Gruppen, die Männer als Täter abstempeln und so eine Entweder-Oder-Polarität am Leben erhalten wollen. Viele zögern deshalb, ihre Forschungsergebnisse zu veröffentlichen. Nicht wenige verzichten gänzlich darauf, in dem politisch verminten Gelände zu forschen. Vor allem das linke Parteienspektrum kämpft hartnäckig dafür, den Stand der internationalen Forschung aus den Medien und den öffentlich-rechtlichen Anstalten des Fernsehens herauszuhalten. Wer sich dem nicht beugt, läuft Gefahr „Phobiker“, „Populist“, „Anti-Feminist“ oder „Frauenhasser“ genannt zu werden. An der Goethe-Universität hat die Verteufelung des Kongresses damit begonnen, dass das Präsidium Fake News in peinlicher Realitätsferne aufgesessen ist. Die mangelhafte Überprüfung der Bezeichnungen und Anfeindungen des wissenschaftlichen Leiters Prof. Amendt durch die Uni hat wie ein Brandbeschleuniger für seine Kritiker gewirkt. Emotionale Befindlichkeitsstörungen von Minderheiten verwandelten sich deshalb in politische Störaktionen. Ein Fehlalarm verzögerte die Eröffnung des Kongresses. Wegen eines weiteren musste das Kongresshotel abends geräumt werden. Halbwegs ungestört konnte der Kongress nur fortgeführt werden, weil Polizei und Sicherheitsdienste ihn drei Tage lang schützten.

Letztlich haben nahezu alle Medien von Merkurist, Frankfurter Rundschau, hessenschau bis hin zu der Fraktion der Grünen im Römer Unterlassungserklärungen abgegeben oder eine einstweilige Verfügung der Pressekammer des Landgerichts Frankfurt am Main hinnehmen müssen und diese als endgültige Regelung akzeptiert. Als letzter hat der Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD), Hessen, ein Urteil wegen Verletzungen von Persönlichkeitsrechten von Prof. Dr. Amendt kassiert, der dadurch rehabilitiert wurde. Alle Behauptungen waren ungeprüfte Unterstellungen und Schmähungen, die seine Persönlichkeitsrechte verletzen. Der mediale Aufstand im Vorfeld des Kongresses war ein Armutszeugnis für die Journalistik und die Goethe-Universität.

Die Goethe-Universität ist einem Urteil allein deshalb entgangen, weil sie die Diffamierungen nicht ausdrücklich übernommen hat. Das Schreiben des Justitiariats ist jedoch nur nachvollziehbar, weil die Unterstellungen für zutreffend gehalten wurden. Die Präsidentin hat sich zu Eigen gemacht, was sich zu Störaktionen und Verunglimpfung des Kongressleiters und der Referenten verdichtet hat. Sie hat Populismus Tür und Tor geöffnet.

Damit wurde nicht nur der weit verbreiteten Diskussionsunwilligkeit unter Vielfaltgruppen Auftrieb verliehen. Sie verstärkte auch deren Befürchtungen, dass ihre sexuelle Identität durch Zwangstherapie in Frage gestellt werden solle. Ein beunruhigender Gedanke für Personen, deren Kernidentität ganz wesentlich von sexuellem Verhalten geprägt wird.

Unter dieser dumpfen Glocke der Irrationalität, die nach Schuldigen und zu Bestrafenden suchte, konnte es niemand überraschen, dass sich darunter auch antisemitische Reaktionen befanden. Sie sollten Ängste in den sexuellen Vielfaltgruppen beschwichtigen. Das IG-Farbengebäude als Verwaltungsort der Zyklon-B-Herstellung für die Menschenvernichtung in

Konzentrationslagern und heutiger Bestandteil der Goethe-Universität verschmilzt mit Schutzerwartungen von sexuellen Minderheiten vor Diskriminierung durch das Präsidium. Wie immer motiviert, heißt es auf einmal überraschend in einem Email Thread:

*„Die Referenten des Kongresses sind zu einem großen Teil Juden
(mindestens Amendt, Dekel und Winstock)“*

Diese irrlichternde Suche nach Schuldigen wäre erst gar nicht aufgetreten, wenn die Universität sich rational, eben aufklärend, verhalten hätte. Das war ein schwerwiegendes Versäumnis. Zumal es als eine willfährige Beipflichtung zur Phantasiewelt der Subkulturen aufgefasst werden konnte. Das Antisemitische war auf ein begünstigendes Milieu gestoßen. Das ist umso erschreckender als eine Universität, die ohne rationales Verhalten nicht auskommt, ja, deren Rationalität die Basis ihrer Legitimation und Produktivität ausmacht, sich dieser Fähigkeit zum Einwirken auf irrationale Reaktionen begibt. Und sich stattdessen im trüben Gemisch aus Nachlässigkeit, politischer Korrektheit wie seltsam anmutender Solidaritäten bewegt. Aber Präsidentin Wolf ließ es dabei nicht bewenden. Mehrere Monate nach dem Kongress stellten sich Indizien ein, dass sie antisemitisches Zündeln vorsätzlich betreibt, um Kritik an Genderstudies, Vielfaltpolitik und einigen Feminismusvarianten zu unterbinden.

Drei Monate nach dem Kongress, am 16. Juli 2018, griff Wolf in ihrer Eigenschaft als Präsidentin der Goethe-Universität Amendt in der [Frankfurter Neue Presse](#) nicht nur scharf, sondern unflätig an. Sie stellte seinen Status als Wissenschaftler in Frage. Die Rede war von „Stammtisch“ und „unzureichender Wissenschaft“. Unter Ausnutzung ihres Präsidentenstatus versuchte sie seine Reputation zu zerstören.

Auffällig an diesem Interview war, dass es nicht mehr um Zeitungsenten wie Zwangstherapie von Homosexuellen, also dem Auslöser des Medientsunamis, ging. Plötzlich standen die zentralen Fragen des Kongresses im Mittelpunkt. Nämlich: wie häufig schlagen Frauen und wie häufig Männer; wie kann die Wiederholung elterlicher Gewalt durch ihre Kinder vermieden werden; welche traumatisierenden Folgen kann die Beobachtung elterlicher Gewalt für Kinder nach sich ziehen? Und welche Methoden aus den USA oder Israel können unsere Gesundheitspolitik effektiver gestalten? Solche, die Drehtürberatungen beenden und durch evidenzbasierte Methoden ersetzen? Alles Fragen, deren Beantwortung darüber entscheidet, ob nicht nur effiziente Hilfen für gewalttätige Partner angeboten werden kann, sondern ob gegen Gewalt in Partnerschaften eine verantwortungsbewusste Gesundheitspolitik entwickelt werden soll. Um diese Debatte weiterhin zu vereiteln, hat die Präsidentin den Kongress mit einem Schlagwort abgetan: *Stammtisch*. Das ist bemerkenswert mutig für jemanden, der am Kongress nicht teilgenommen hat und sich als

Betriebswirtschaftler allenfalls auf Alltagswissen berufen kann oder auf die Berichterstattung der von ihr eingesetzten Zensoren.

Aus welcher Quelle kommt nun das eigentümliche Engagement, mit dem sie die Neutralitätspflicht einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung grob und vorsätzlich verletzt? Offensichtlich ist sie in die Rolle der Sprecherin derjenigen gerückt, die den gesellschaftspolitisch bedeutsamen Konflikt von Gewalt in Partnerschaften und Familien verleugnen wollen. Eben jener, die eine wissenschaftlich fundierte Darstellung zu partnerschaftlicher Gewalt nicht zulassen wollen. Dazu zählt maßgeblich das Bundesfamilienministerium (BMFSFJ), das als einziger Finanzier von Forschungsprojekten Institute und deren Arbeitsbereiche kontrolliert. Dazu zählt das Robert-Koch Institut, das Deutsche Jugendinstitut, Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung mit fast 16000 Beratungsstellen (DAJEB), die meisten Genderstudies-Institute und nicht wenige Frauenhäuser, etc. Dort wird die symmetrisch verteilte Gewalt als empirisch gesicherte Basis für präventive und heilende Interventionen abgelehnt. Stattdessen wird sie eigentümlicherweise als Angriff auf Frauen und als Schuldzuweisung erlebt. Der Preis für die Realitätsverleugnung ist hoch, denn sie trägt zur Minderung von Gewalttätigkeit nichts bei. Vielmehr fördern sie letztlich deren intergenerationelle Weitergabe. Männern wie Frauen werden Hilfe vorenthalten, mit denen sie sich und ihren Kindern die zerrüttende Erfahrung von Gewaltepisoden ersparen könnten.

Der Kongress stand für den Durchbruch wichtiger Forschungserkenntnisse, die Gesundheitspolitik effektiver gestalten können. Dabei ging es nicht nur um Forschungsergebnisse und neue Methoden der Intervention. Der Kongress hat nebenbei die Ideologie und den politischen Entwurf einer nach dem Geschlecht polarisierten Gesellschaft in Frage gestellt.

Als Alternative zum vorherrschenden Polarisierungsmodell eröffnen sich hingegen die Beziehungen von Männern und Frauen als Forschungsfeld und als Feld hilfreicher Interventionen. Diese Alternative zu unterdrücken, fällt vor allem den genannten Organisationen zunehmend schwerer. Das gibt den Blick frei auf deren begrenzte Relevanz für die Organisation von Geschlechterbeziehungen. Langfristig lassen sich aber Forschungsergebnisse nicht unterdrücken. Kritischen Argumenten mit Vorwürfen wie Homophobie, oder - wie die Präsidentin - mit dem Vergleich von „Antisemitismus und Rassismus“ entgegenzutreten, vermag die hereinbrechende Aufklärung nicht zu verhindern. Allenfalls zu verzögern. In diesem Sinne ist Wolf aktiv.

Offenbar soll das vorherrschende Verständnis am Leben erhalten bleiben, nach dem Geschlechterbeziehungen von einer unaufhebbaren Polarisierung geprägt seien. Danach stünden Männer und Frauen sich feindselig gegenüber wie weiland Arbeit und Kapital. Quasi in struktureller Feindschaft unauflösbar miteinander und zugleich aneinander gebunden. Für die Zementierung dieser Polarisierungsideologie wird mit allen Mitteln gekämpft.

Versöhnende Konfliktlösung wird mehr oder weniger für aussichtslos erklärt. Helfen könne allein der starke Staat.

Letztendlich wird damit die Wirklichkeit der Beziehungen als konfliktreiche Gemeinsamkeit, in denen Männer wie Frauen ihre Konflikte lösen, als beängstigend und unerwünscht erlebt. Das steht der bundesministeriellen Propaganda von *weiblicher Opferidentität* im Wege. Die Wirklichkeit einer konfliktreichen aber letztlich versöhnbaren Beziehungswelt verhindert es auch, dass Frauen sich erfolgreich in den Zustand der *Opferverliebtheit* treiben lassen. Was die Voraussetzung dafür wäre, dass Frauen sich parteipolitisch als neue Wählergruppe mobilisieren lassen.

Mit ihrem diffamierenden Rundumschlag lenkt die Präsidentin von alltäglichen Konflikten zwischen Männern und Frauen ab. Sie sichert damit dem bröckelnden Opfermodell das Überleben.

Welche Indizien sprechen für eine solche Politik?

So unterstellt die Präsidentin der Goethe-Universität in der [Frankfurter Neue Presse](#) (FNP) Prof. Amendt nicht nur „unzureichende Wissenschaft“ und "Stammtischniveau". Obendrein erweckt sie den Eindruck, dass er die Goethe-Universität zur Verbreitung rassistischer oder antisemitischer Positionen missbraucht habe. Das ist wagemutig. Doch sie scheint sich darauf zu verlassen, dass ihr für diese Denunziation sowohl aus der Goethe- wie auch aus anderen Universitäten kein Gegenwind entgegenschlägt. Denn wer wird diesem ungeheuerlichen Vorwurf von Antisemitismus und Rassismus widersprechen wollen? Nicht nur weil sie Präsidentin ist, sondern weil der Bezichtigte sich dem Verdacht aussetzt, die Grauen des Nationalsozialismus verleugnen zu wollen. Ihre Kühnheit bezieht Selbstgewissheit daraus, dass sie das Schweigen der Professorenschaft voraussetzt und mit Zustimmung verwechselt. Es entsteht der Eindruck, dass Prof. Wolf als Präsidentin der Goethe-Universität den Antisemitismusvorwurf dazu verwenden wollte, um die genderfeministische Polarisierung der Gesellschaft vor massiver Kritik zu schützen. Dieser Instrumentalisierungsversuch ist nicht neu. So könnte ihr z. B. der ASTA der Universität Trier als Vorbild gedient haben. Der hat 2011 in vergleichbarer Weise ein Fellowship für den international anerkannten Militärgeschichtler Prof. Martin van Creveld blockiert, weil dessen Thesen - *The Privileged Sex*, 2013 - über die Beziehungen von Frauen zu Männern in Kriegszeiten nicht der Einstellung des ASTAs entsprach. Auch damals war das Argument: van Creveld sei Antisemit und anti-israelisch. Die Tatsache, dass van Creveld Jude ist und in Israel lebt, offenbart die Scheinheiligkeit dieses Generalvorwurfs. Somit kann man die [Universität Trier](#) und dessen damaliger ASTA als *seltene Weggefährten* der Präsidentin Wolf betrachten.

Prof. Dr. Amendt prüft derzeit im Hinblick auf die Äußerungen von Präsidentin Wolf in der FNP die Einleitung einer Klage gegen die Universität Frankfurt am Main, weil die Äußerungen

der Präsidentin die Grenzen der Neutralitätspflicht einer Universität überschreiten und seine Persönlichkeitsrechte grob verletzen könnten.

Der Text kann vollständig, unter Angabe der Quelle und einschließlich der Links, weitergegeben werden.

Kongressleitung: Gerhard Amendt

Kongressorganisation: Tom Todd

Kontakt: presse@gewalkongress.de

ViSdP: Dr. Andrej Bockelmann, Landgraf-Philipp-Str. 4, 35510 Butzbach